Morgen-Ausgabe

…ner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags, …Montags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: Jeden Sonntag „Der Weltspiegel", …Mittwoch „Technische Rundschau", 14tägig Donnerstags „Haus Hof Garten", jeden … Witzblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-…eichs, des tschecho-slowak. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, …ens, Norwegens u. Finnlands; für alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die …d. Blatt. möglich. Bezugspreis: Durch die Post monatl. 14.— M. ausschl. Zustellungsgebühr, Aus-…ausschl. Postaufschlag: für Berlin u. Vororte monatlich 15.— M. bei tägl. zweimaliger Zustellung …Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatl. f. das Inland 25.— M. u. Ausland 28.— M. Im …öh. Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben uns. Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung …rstattung des entspr. Entgelts. In Berlin u. Vororten abonn. man bei der Haupt-…dition SW. 19, Jerusal. Straße 46 49 u. den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr. …entrum 10181—10144, für den Fernverkehr 14207—14209). Telegramm-Adresse: „Berlidia", Berlin.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 5.— u. 70 % Zuschlag. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen M. 4.— die Zeile, Nachrufe n. übl. Tarif. Ausl.-Ins. 100 % Zuschl. Inser.- u. Abonn.-Ann. in Groß-Berlin: Hauptexp. SW.19, Jerus. Str. 46/49. Filialen: Leipz. Str. 103; Potsd. Str. 88; Zimmerstr. 50; Königstraße 56/57; Rosenth. Str. 48; Schönh. Allee 144; Moritzplatz; Köpen. Str. 67/68; Rathen. Str. 8; Turmstraße 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 60; Wiener Str. 1/6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlttbg.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserd. 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenplatz; Lichtenbg.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 4; Hermannstr. 1/94; Kais.-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholm. Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

…561 • Ausgabe A Nr. 292
…gabe für Berlin u. Umgegend Nr. 561

Mittwoch, 8. Dezember 1920
49. Jahrgang

Die Reichsregierung an die Beamten.

…pell in der Frage des Beamtenstreiks.

…Unterschied zwischen Streik und passiver Resistenz.

Amtlich. **Berlin,** 7. Dezember. (W. T. B.)

…egenüber der in den letzten Tagen eingetretenen passiven …istenz einiger Gruppen von Beamten nimmt die …chsregierung Veranlassung zu betonen, daß sie in der …ge des Beamtenstreiks nach wie vor auf dem Boden …on der preußischen Staatsregierung im Einverständnis mit der …aligen Reichsregierung am 20. Februar 1920 abgegebenen Er…rung steht. Diese Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

„Die am 10. November 1918 gebildete preußische Regierung hat … ihrem Aufruf an das preußische Volk vom 13. November 1918 … Durchführung der uneingeschränkten Koali…onsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamte als eine …rer Aufgaben bezeichnet. Auch die gegenwärtige preußische …aatsregierung erkennt das Koalitionsrecht der Beamten an. Mit …m Begriff des Koalitionsrechtes ist aber das sogenannte …treikrecht nicht untrennbar verbunden. Der Streik … nur eines der Mittel, die Erlangung besserer wirt…haftlicher Bedingungen durchzusetzen, nicht …as einzige zu diesem Zweck. Dafür, ob dieses Mittel an…wendet werden darf, sind die aus dem Dienstverhältnis sich …echselseitig ergebenen Rechte und Pflichten entscheidend. … damit die gemeinsame Arbeitsniederlegung nicht vereinbar, … ist dem Koalitionsrecht das sogenannte Streikrecht nicht ver…ehen. In ihrer Anwendung auf das Beamtenverhältnis führen …ese Grundsätze dazu, **daß der Beamte nicht streiken darf.** …as Beamtenverhältnis ist ein Treuverhältnis. Da der …taat ohne die Beamten ein geordnetes Leben nicht führen …nd überhaupt seinen Willen nicht äußern kann, muß er mit …n Beamten ein Verhältnis eingehen, daß diese zur …ölligen Hingabe an den Staat verpflichtet. …ieses Treuverhältnis tritt auch dadurch in Erscheinung, daß der …eamte einen Diensteid leistet. Die Eigenart des Beamten…erhältnisses kommt in wesentlichen Bestimmungen des Beamten…echts zum Ausdruck. Mit Rücksicht auf die ihm der Allgemeinheit …egenüber obliegende Pflicht ist dem Beamten das Recht ver…agt, sein Amt willkürlich zu verlassen. Demgemäß …t auch die Mehrzahl der Beamten auf Lebenszeit angestellt und …ann nur im Wege des gesetzlich geregelten Disziplinarverfahrens ent…assen werden. Ferner sind die Rechte des Beamten auf ein bestimmtes …ehalt, auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gesetzlich ge…regelt und durch die Reichsverfassung besonders gewährleistet. Bei diesem besonders gearteten Verhältnis von Rechten und Pflichten **bricht mithin ein Beamter, der streikt, seinen Eid und verletzt die Amtspflicht,** die er übernommen hat. Das Streiken stellt sich als unentschuldigtes Fernbleiben vom Amte dar und hat zur Folge, daß der Beamte für die Zeit des Streiks seines Diensteinkommens verlustig geht. Auch hat er die **Einleitung des förmlichen Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung zu gewärtigen.** Dadurch werden keine berechtigten Interessen der Beamten verletzt, denn ihnen stehen andere Mittel zur Verfügung, um ihre Wünsche nachdrücklich zur Geltung zu bringen. Da über die Verwaltungen des Staates die Volksvertretungen, über die der Gemeindeverbände deren Vertretungen ein durchgreifendes Kontrollrecht ausüben, so hat der Beamte ein besonders wirksames Mittel, um mit Hilfe dieser Vertretungen seine Klagen abstellen zu lassen. Die Auffassung der preußischen Staatsregierung in dieser Frage deckt sich mit der der Reichsregierung. Die Staatsregierung betrachtet es als ihre selbstverständliche Aufgabe, **pflichttreue Beamte vor dem Terror Streikender zu schützen,** und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen."

Die Reichsregierung kann **keinen Unterschied anerkennen zwischen Fernbleiben von der Arbeitsstätte, zwischen Streik und sogenannter passiver Resistenz.** In allen diesen Fällen verletzt der Beamte die ihm obliegende Dienstpflicht. Infolgedessen hat er auch in allen diesen Fällen die Einleitung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Dienstentlassung und den Verlust seines Diensteinkommens zu gewärtigen.

Die Bewegung unter den Postbeamten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

B. St. Frankfurt a. M., 7. Dezember.

Die passive Resistenz der Beamtenschaft, die in Baden unter den Postbeamten begonnen hat und auch auf andere Bezirke und Städte übergegriffen hat, macht sich auch unter der Beamtenschaft in Frankfurt a. M. bemerkbar. Hier fand eine große Protestkundgebung statt, an der sich etwa 4000 Personen beteiligten. Die Ablehnung, die die Forderungen der Beamten im Hauptausschuß des Reichstags erfahren haben, wurde mit starker Entrüstung aufgenommen. Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß der Bundesvorstand der Beamtenschaft sich die Vorschläge zu eigen mache, die eine Einstellung des Zinsendienstes für die Reichsverschuldung verlangen.

Vor einigen Tagen hatten die Postbeamten in Heilbronn erklärt, daß sie wegen Nichterfüllung ihrer Forderungen nur das allernotwendigste Maß von Arbeit leisten werden. Diese passive Resistenz scheint nun auch auf Karlsruhe überzugreifen. Wie von dort gemeldet wird, hat das Postscheckamt eine Erklärung erlassen, daß es wegen Personalschwierigkeiten Kontoauszüge nur mit Verzögerung absenden könne, und daß auch die sonstigen Arbeiten nicht korrekt erledigt werden können. Die Gewerkschaft der Postbeamten versendet eine Zuschrift, die noch schärfere Maßnahmen ankündigt, wenn die Reichsregierung folgende drei Forderungen nicht sofort bewilligt: 1. Gerechte Einstellung in den Besoldungstarif; 2. Anpassung der Teuerungszulage an die tatsächlichen Verhältnisse; 3. Auszahlung einer einmaligen Entschuldungssumme von 5000 Mark.

Die passive Resistenz der Postbeamten im Postdirektionsbezirk Karlsruhe ist übrigens, wie die „Frankf. Ztg." berichtet, im Abflauen begriffen.

Die Londoner Besprechungen.

Die griechische und die russische Frage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 7. Dezember.

In einer Besprechung der Londoner Resultate sagt die „Tribuna", …e Revision des Vertrages von Sèvres bedeute die Möglichkeit …er Rückkehr der Türken nach Smyrna, wo die Griechen …ch nur mühsam behaupten, ferner eine Diskussion über Thrazien, …m unter Vorschiebung der türkischen Grenze bis …nos-Midia Konstantinopel größere Atmungsfreiheit zu gewähren, …nd den Ottomanen wie den Bulgaren eine freiere Existenz in Ost…hrazien zu gewährleisten. In der griechischen Frage habe die …talienische These gesiegt. Man dürfe sich nicht wundern, wenn …morgen England mit Konstantin dieselbe Verbindung ein…inge, wie einst mit Venizelos. Nur betreffs Rußland sei keine …inigkeit erzielt worden. Leygues habe wenigstens eine prin…zipielle Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zu…gestehen wollen, aber der persönliche Widerstand …illerands scheine das vereitelt zu haben. Demnach stehen …ch in der russischen Frage einerseits England und Italien, anderer…seits Frankreich gegenüber, welches sich entschieden ablehnend verhalte.

Paris, 7. Dezember. (W. T. B.)

…Ministerpräsident Leygues wird morgen vor den Senats…ausschüssen für Finanzen und für auswärtige Angelegenheiten Er…klärungen über die Politik Frankreichs in …Griechenland und im Orient abgeben, vor allen Dingen …er über die Konferenz von London.

London, 7. Dezember. (W. T. B.)

…„Westminster Gazette" schreibt: „Wenn man die Ergebnisse der …Londoner Alliiertenkonferenz nachprüft, so kommt man …u dem Schluß, daß sie gleich null sind. Konstantin wird ge…stattet, zurückzukehren, Griechenland darf seine Gewinne behalten und …it den türkischen Nationalisten Krieg führen." **Das Blatt ist der** Ansicht, daß bald eine neue Konferenz über die griechische Frage notwendig werden wird. Auch den in der Entschädigungsfrage erzielten Fortschritt schätzt das Blatt gleich null. „Daily Chronicle" sagt, dadurch, daß das griechische Volk für die Rückkehr Konstantins gestimmt habe, ergebe sich die Notwendigkeit einer neuen Erwägung seiner Gewinne in Smyrna und Thrazien. Griechenland könne diese neuen Gebiete nicht ohne die Unterstützung der Alliierten halten. Dies sei die Lage, der sich die alliierten Premierminister gegenübergestellt sehen würden, wenn sie in zwei Wochen wieder zusammen kommen, es sei denn, daß bis dahin Konstantin Selbstverleugnung bewiesen habe.

Die Brüsseler Sachverständigenkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 7. Dezember.

Dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zufolge ist zum Vorsitzenden der Sachverständigenkommission in Brüssel Delacroix ausersehen, der frühere belgische Ministerpräsident, der auch Vorsitzender in Spaa war; der englische Hauptdelegierte ist Brantbury. Die französischen und italienischen Delegierten sind noch nicht ernannt. Die Konferenz soll ungefähr eine Woche dauern und, wie bekannt, nur ein Vorläufer der Genfer Konferenz sein. Sie wird den wirtschaftlichen Zustand und die Leistungsfähigkeit des Deutschen Reiches unter dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung besprechen. Eine bestimmte Summe für die Wiedergutmachung soll in Brüssel aber in keiner Weise genannt werden.

Kopenhagen, 7. Dezember. (W. T. B.) In Riga sind aus Moskau als „Diplomatengepäck" **43 Gemälde** von den **berühmtesten russischen Meistern** eingetroffen und werden dort jetzt durch litauische Zwischenhändler zum Verkauf ausgeboten. Die Gemälde sind anscheinend aus einer Privatsammlung in **Moskau gestohlen.**

Schwarz-Rot-Gold.

Zum Nürnberger Parteitag.

Von
Dr. Hugo Preuss,
Reichsminister a. D.

[Nachdruck verboten.]

Es ist nur ein Symbol, dies schwarzrotgoldene Banner der deutschen Demokratie und der deutschen Republik, aber als solches ein recht vielsagendes. Es hat symbolische Bedeutung, daß die Farben der alten deutschen Burschenschaft, der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung, die Farben von 1848, des demokratischen und des großdeutschen Gedankens die verfassungsmäßigen Reichsfarben der jungen deutschen Republik geworden sind. Doch es hat nicht minder symbolische Bedeutung, daß die heutige Demokratische Partei dieser Erhebung ihrer eigenen historischen Farben zu Reichsfarben sich nicht mit stolzer und tatkräftiger Entschlossenheit bewußt wurde; daß sie sich gegen diese — allerdings bedeutsam verpflichtende — höchste Ehrung zum Teil heftig sträubte, die ihr doch durch die Logik der Tatsachen aufgedrängt wurde. Sie hat vergessen, daß es ihre eigenen Farben sind; und sie hat die symbolische Bedeutung nicht erfaßt, die darin liegt, daß über dem neuen Deutschland weder die rote Fahne der radikalen Revolution, noch die sieggekrönte Kriegsflagge preußisch-deutscher Herrschaft wehen kann, sondern eben nur das Banner großdeutscher Demokratie. Wohl aber empfindet sie schwer die Wucht der entgegenstehenden gewaltigen Widerstände, angefangen von der trivialen Tatsache, daß das niedergebrochene Deutschland kein echtes Gold für seine Fahne mehr besitzt, bis hinauf zu den tiefwurzelnden idealen Gefühlen, die sich von dem Wahrzeichen einstigen Ruhmes und glänzender Macht nicht losreißen mögen. Diese mächtigen Widerstände materieller und ideeller Art, die sich gegen das Symbol richten, sind genau die gleichen, die sich der Befestigung des demokratischen Regierungssystems in Deutschland entgegenstemmen; ihre Ueberwindung ist daher schlechthin die Lebensaufgabe der Demokratischen Partei. (Wir gehören, wie wir schon erklärt haben, zu denjenigen, die auf eine Verbindung des demokratischen Farbensymbols mit der von Hugo Preuß in der Verfassung verankerten demokratischen Staatsform weniger Wert legen. Daß wir in allen anderen Fragen, die Hugo Preuß hier vor Eröffnung des demokratischen Parteitages berührt, seine Ansicht uneingeschränkt teilen, brauchen wir kaum zu betonen. Die Redaktion.) Denn das unterscheidet sie von allen übrigen Parteien, daß sie gar keinen anderen Daseinszweck hat und haben kann als die Durchsetzung, Befestigung und Entfaltung des deutschen demokratischen Staates. Aus der Ueberzeugung, daß es nach dem Zusammenbruch des alten Systems keine andere Möglichkeit für die Wiederaufrichtung des Vaterlandes gibt, als die ehrliche und rückhaltlose politische Demokratisierung Deutschlands, ist die Deutsche demokratische Partei entstanden. Indem sie sich selbst behauptet, behauptet sie die Zukunft des Vaterlandes. Indem sie jene Ueberzeugung, aus der sie entstanden ist, aufgibt, gibt sie sich selbst auf.

Nicht auf sich allein gestellt hätte die „bürgerliche" Demokratie das unendlich schwere Werk des Wiederaufbaues wirksam in Angriff nehmen können; es wäre unmöglich gewesen, wenn sich nicht die Mehrheitssozialdemokratie zur schwarzrotgoldenen statt zur roten Fahne bekannt hätte. Das hat vor zwei Jahren kein politisch Zurechnungsfähiger bezweifelt. Seitdem ist die Stimmung stark rückläufig geworden. Das ist die Wirkung unserer fortschreitenden und immer unmittelbarer fühlbar werdenden Verelendung, die Wirkung der Enttäuschung darüber, daß unerfüllbare Hoffnungen unerfüllt geblieben sind; es ist zu erheblichem Teile auch die Wirkung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie nicht die notwendigen Folgerungen aus ihrem ersten entscheidenden Schritte zur politischen Demokratie zu ziehen vermocht hat. Sie glaubte auch als mitregierende Partei nicht bloß demokratische Staatspolitik, sondern auch sozialistische Klassenkampfpolitik treiben zu müssen und zu können. Das hat zu folgenschweren Mißgriffen in Gesetzgebung und Verwaltung geführt, die, ohne der radikalen Agitation wesentlichen Abbruch zu tun, die reaktionäre Agitation ungeheuer gestärkt und die ganze politische Demokratie schwer geschädigt haben. Aber sind gerade die Parteien der Rechten befugt, der Sozialdemokratie als unverzeihliche Sünde vorzuwerfen, was sie selbst in schrankenloser Weise tun? Es ist wahr, die Sozialdemokratie hat sich von dem Banne ihrer Vergangenheit nicht völlig zu befreien vermocht; sie hat die agitatorische Parteipolitik der verantwortlichen Staatspolitik nicht in dem Maße untergeordnet, wie es die politische Selbstzucht eines sich demokratisch selbst regierenden Volkes unbedingt erfordert. Aber das werfen ihr am lautesten die Parteien vor, die einzig und allein von der schrankenlosen Ausbeutung einer solchen staatspolitisch verantwortungslosen Agitation leben, die dem verbitterten Volke Zustände der Vergangenheit als Rettung anpreisen, während sie genau wissen, daß jeder Versuch zu ihrer Wiederherstellung nicht bloß erfolglos sein muß, sondern Deutschland völlig zertrümmern würde. Und sie gebärden sich als Retter des Vaterlandes, wenn sie mit solchen Mitteln die Vielzuvielen anlocken können, die nichts gelernt und alles vergessen haben.

Zweifellos ist es für die Befestigung und Entfaltung demokratischer Selbstregierung ein höchst erstrebenswertes Ziel,